

Stadt Ulm
Zentrale Steuerung / Finanzen

ulm

Vorbericht zum
Haushaltsplanentwurf 2010
GD 903/09

Vorbericht

1. ALLGEMEINES

1.1. Lage der kommunalen Haushalte

In 2008 sind die Einnahmen der Kommunen im Vergleich zum Vorjahr nochmals gestiegen. Ursächlich hierfür waren höhere Steuereinnahmen insbesondere beim Einkommensteueranteil der Gemeinden. Diese Steigerung wurde durch den stärkeren Ausgabenzuwachs mehr als aufgezehrt. Dennoch konnte ein Finanzierungsüberschuss von 7,6 Mrd. € erzielt werden.

Die Lage in 2009 hat sich schnell und dramatisch verschlechtert. Die Finanz- und Konjunkturkrise hat die kommunalen Haushalte erreicht. Insbesondere im Bereich der Gewerbesteuer (-15,3 %) und des Einkommensteueranteil (-9,4 %) ist mit deutlichen Einnahmeausfällen zu rechnen. Insgesamt gehen die Einnahmen gegenüber 2008 um 1,4 % zurück. Da die Ausgaben nach wie vor in erheblichem Maße steigen (+ 4,8 %), ist mit einem negativen Finanzierungssaldo in Höhe von 2,9 Mrd. € zu rechnen. Gegenüber 2008 bedeutet dies eine Verschlechterung um über 10 Mrd. €. Damit kommen die kommunalen Haushalte nach einer nur kurz währenden Erholungsphase in einem bisher nicht gekannten Ausmaß und Schnelligkeit erneut unter Druck.

Die deutliche Steigerung der Ausgaben findet in allen Bereichen statt. Auch wenn die großen Ausgabebelastungen insbesondere im sozialen Bereich erst in 2010 und 2011 erwartet werden, steigen die Sozialausgaben bereits von 2008 auf 2009 um mehr als 4 %. Der erhebliche Anstieg im Bereich der investiven Ausgaben, ist insbesondere auf die zusätzlich im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes zur Verfügung gestellten Mittel zurückzuführen.

Auffällig ist im Jahr 2009, dass dem negativen Finanzierungssaldo der westdeutschen Kommunen ein positiver Saldo der ostdeutschen Kommunen gegenübersteht. Der deutlich höhere Anteil an Zuweisungen in ostdeutschen Kommunalhaushalten bewirkt, dass die Einnahmerückfälle gegenüber westdeutschen Kommunen erst verzögert eintreffen werden.

Jahr	Einnahmen		Ausgaben		Defizit/Überschuss Mrd. €
	Mrd. €	+/- in %	Mrd. €	+/- in %	
2000	147,1	+ 0,5	145,1	+ 0,7	+ 2,0
2001	144,2	- 1,9	147,2	+ 1,4	- 2,9
2002	144,5	+ 0,2	149,2	+ 1,4	- 4,7
2003	141,4	- 2,2	149,8	+ 0,5	- 8,4
2004	145,3	+ 2,7	149,2	- 0,4	- 3,9
2005	151,1	+ 3,8	153,4	+ 2,7	- 2,3
2006	158,6	+ 4,9	155,7	+ 1,5	+ 2,9
2007	169,3	+ 6,7	160,7	+ 3,2	+ 8,6
2008	174,9	+ 3,3	167,3	+ 4,1	+ 7,6
2009	172,4	- 1,4	175,3	+ 4,8	- 2,9

Die Kommunen werden in 2010 und 2011 von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise mit voller Wucht getroffen und erheblich belastet. Problematisch ist, dass alle hier gestellten Prognosen mit einem erheblichen Unsicherheitsfaktor belastet sind, da niemand zuverlässig voraussagen kann, wie schnell sich die Wirtschaft von der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise erholt.

Realistisch kann jedoch nicht von einer zügigen Verbesserung der kommunalen Einnahmesituation in den nächsten Jahren ausgegangen werden, zumal die vergangenen Krisen gezeigt haben, dass eine Verbesserung der wirtschaftlichen Gesamtsituation erst verzögert in den kommunalen Haushalten ankommt.

Sicher ist, dass insbesondere die Sozialausgaben aufgrund steigender Arbeitslosigkeit, sowie die Belastungen aus dem Ausbau der Kinderbetreuung erheblich wachsen werden. Desweiteren ist davon auszugehen ist, dass Bund und Land weiter versuchen werden sich auf Kosten der Kommunen zu entlasten (vgl. Beteiligung des Bundes an den Unterkunftskosten Hartz IV).

Um in dieser Situation den negativen Finanzierungssaldo und damit die Verschuldung der Kommunen nicht unverantwortlich ansteigen zu lassen, ist in den nächsten Jahren äußerste Ausgabendisziplin erforderlich. Dies bedeutet, dass der Kurs der strukturellen Haushaltskonsolidierung, der in den einnahmestarken Jahren von 2004 – 2008 gelockert wurde, wieder konsequent aufgenommen werden muss.

(Quelle: Der Städtetag – Gemeindefinanzbericht 2009)

1.2. Wirtschaftliche Lage

Die Wirtschaft in Deutschland und insbesondere in Baden-Württemberg durchläuft im Jahr 2009 eine Rezessionsphase, die in ihrem Ausmaß in der Geschichte der Republik ohne Beispiel ist. Alle Prognosen deuten darauf hin, dass das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Bund in 2009 um mindestens 4,5 % und in Baden-Württemberg sogar um bis zu 8 % schrumpfen wird.

Trotz oder gerade wegen dieses Negativrekords lohnt sich ein Blick auf die einzelnen Quartale des Jahres 2009. Die Hinweise auf eine Bodenbildung auf natürlich niedrigem Niveau verdichten sich gerade. So weist der Konjunkturindikator auf eine Abschwächung der Rezession im dritten Quartal und auf einen konjunkturellen Wendepunkt zum Jahreswechsel hin.

Die Aufwärtsbewegung des Konjunkturindikators darf jedoch nicht überbewertet wer-

den, zumal die Risiken für die Konjunktur unübersehbar sind. So beruht die positive Einschätzung eher auf einer Verbesserung von Stimmungsindikatoren (z.B. L-Bank-ifo-Geschäftsklimaindex, Dax) als auf einer tatsächlichen Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Die für das Exportland Baden-Württemberg so wichtige Weltkonjunkturlage entwickelt sich in 2010 voraussichtlich wieder positiver. Eine schnelle Rückkehr in frühere Wachstumsdimensionen wird es aber auch hier nicht geben.

Zur derzeit prognostizierten Konjunkturwende tragen sicherlich auch die Wirkungen der von fast allen Industrienationen aufgelegten Konjunkturprogramme bei. Es bleibt abzuwarten wie sich die Konjunktur nach dem Auslaufen dieser Programme weiter entwickeln wird.

Aufgrund von weitreichenden Kurzarbeitregelungen schlägt die Rezession in 2009 nicht in diesem Maße auf dem Arbeitsmarkt durch wie erwartet. Die Zahl der Arbeitslosen ist im September 2009 auf 3,35 Mio. Menschen gestiegen (September 2008 3,08 Mio.). Die Arbeitslosenquote stieg auf 8,0 % (September 2008 7,4 %). Für 2010 werden im Jahresdurchschnitt über 4 Mio. Arbeitslose prognostiziert.

1.3. Die wirtschaftliche Situation in Ulm

Die regionale Wirtschaft erhält wieder stärkere Impulse. Insbesondere die Auftragseingänge aus dem Ausland ziehen an. Die Situation bleibt aber weiter angespannt, zumal die Nachhaltigkeit der derzeitigen Entwicklung noch äußerst unsicher ist. Diese Situation spiegelt sich auch im Konjunkturklimaindikator der IHK wieder, der zwar nach Monaten des Rückgangs, nun wieder leicht anzieht, insgesamt aber weiter auf niedrigem Niveau liegt.

Insbesondere die aktuelle Geschäftslage wird kritisch beurteilt. Derzeit berichten nur 19 % der befragten Unternehmen von gut laufenden Geschäften, während 36 % von einer schlechten Geschäftslage berichten.

Die Ursache für die Aufwertung des Konjunkturklimaindikatoren ist insbesondere die Hoffnung auf eine positive Entwicklung der Weltwirtschaft.

Betrachtet man die Entwicklung in den einzelnen Branchen, so ergibt sich ein differenziertes Bild.

Die Kapazitätsauslastung in der Industrie ist gegenüber dem Frühjahr nochmals auf mittlerweile nur noch 67 % gesunken. Auch die aktuelle Geschäftslage wird schlechter beurteilt wie im Frühjahr. Damit bleibt die Industrie das Sorgenkind der regionalen Wirtschaft.

Im Baugewerbe ist die Ertragslage in den Bereichen gewerblicher Hochbau und privater Wohnungsbau äußerst verhalten. Es ist davon auszugehen, dass die Auftragseingänge aus dem öffentlichen Bereich langsam ansteigen, da hier in der zweiten Jahreshälfte 2009 sowie 2010 das Konjunkturpaket 2 entsprechende Impulse setzen sollte.

Der Einzelhandel zeigte sich in der ersten Jahreshälfte von der Krise überraschend wenig tangiert. Doch auch hier wirkt sich die Krise mittlerweile aus, da insbesondere durch Kurzarbeit immer mehr Menschen weniger Geld zur Verfügung haben.

Gegen diesen Trend verlief die Geschäftsentwicklung bei den KFZ-Händlern. Hier hat sich bis zum Ende des 3 Quartals die Abwrackprämie geschäftsbelebend ausgewirkt. Nach Auslaufen der Prämie im September werden die Geschäftserwartungen für 2010 äußerst skeptisch beurteilt.

Bei den Dienstleistern ist die Nachfrage weiterhin geringer als im Vorjahr. In den vergangenen Monaten war allerdings ein Aufwärtstrend spürbar. Vor diesem Hintergrund werden die Erwartungen nach oben geschraubt.

Die Erwerbslosigkeit in der Region ist in den vergangenen 12 Monaten stark gestiegen. Im Jahresvergleich stieg die Zahl der Arbeitslosen im Agenturbezirk Ulm um 2.197 Menschen. Insgesamt sind im September 2009 im Bezirk Ulm 7.902 Menschen arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote beträgt 4,8 % (September 2008 3,5 %).

(Quelle: IHK Ulm – Konjunkturbericht im Herbst 2009)

1.4. Finanzielle Rahmendaten des Haushalts 2010

1.4.1. Finanzpolitische Ziele

Der Gemeinderat hat als finanzpolitische Ziele beschlossen

- ➔ die gesetzliche Mindestzuführung zu erwirtschaften
- ➔ im Finanzplanungszeitraum keine neuen Schulden aufzunehmen.

Grundlage für die Planung sind Steuereinnahmen auf Basis der Steuerschätzung vom Mai 2009. Als Folge der Wirtschaftsrezession ist sowohl im Bereich der Gewerbesteuer, dem Gemeindeanteil an der Einkommensteueranteil als auch bei den Zuweisungen und Umlagen mit erheblichen Einnahmeausfällen zu rechnen. Ob hier weitere Einnahmeausfällen zu erwarten sind, kann derzeit nicht beurteilt werden. Der Haushalt 2010 beinhaltet deshalb erhebliche Risiken. Den geringeren Steuereinnahmen stehen auf der anderen Seite erhebliche Mehrbelastungen im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe gegenüber. Hinzu kommen zusätzliche Personalausgaben, neue dauerhafte Sonderfaktoren insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung und zusätzlichen Belastungen im Vermögenshaushalt aufgrund des städtischen Eigenanteils an den Baumaßnahmen im Rahmen des Konjunkturpakets 2.

In 2010 kann deshalb die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzuführung in Höhe von 10 Mio. € nicht erwirtschaftet werden. Ebenso ist mit einer erheblichen Nettoneuverschuldung zu rechnen. Damit werden 2010 beide finanzpolitischen Ziele **nicht erreicht**.

Am 15. Juli 2009 hat der Gemeinderat von den finanziellen Rahmendaten des Haushaltes 2010 Kenntnis genommen und die Verwaltung beauftragt die Fachbereichshaushalte auf Basis der Eckdaten auszuarbeiten (GD 225/09). Davon ausgehend stellt sich der Haushalt wie folgt dar:

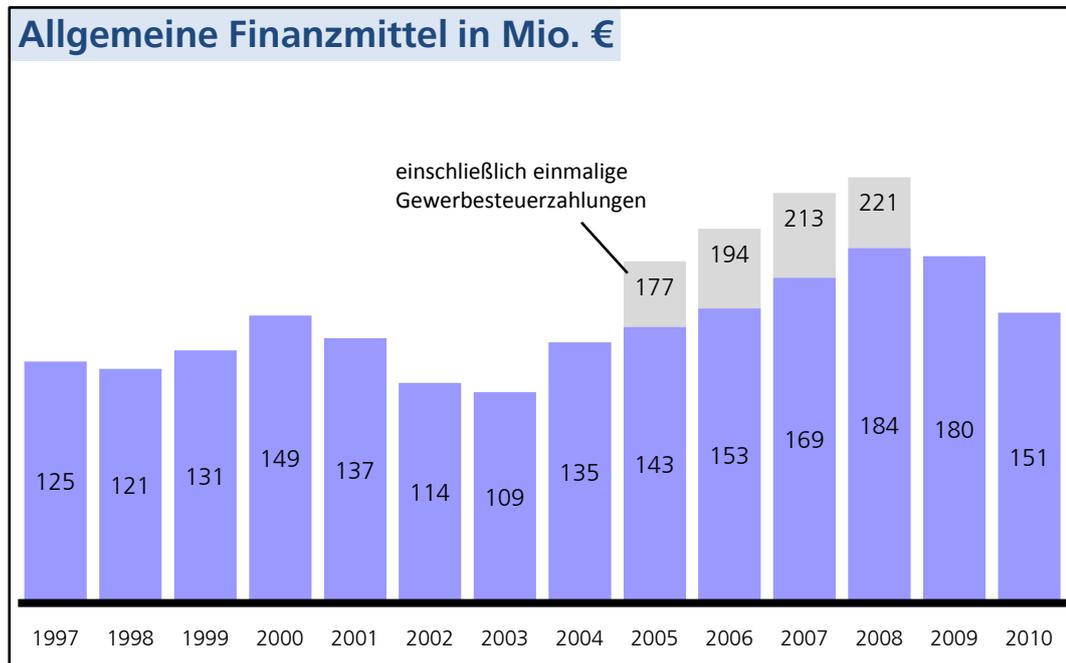
1.4.2. Verwaltungshaushalt

• Allgemeine Finanzmittel

Die allgemeinen Finanzmittel sind massiv zurückgegangen. Nach der Steuerschätzung vom Mai 2009 wird von einer Verschlechterung von rd. 23,5 Mio. € gegenüber der beschlossenen Finanzplanung ausgegangen. Somit stehen 2010 nur noch 150,7 Mio. € zur Deckung der Fach-/Bereichsbudgets, des Gebäudeunterhalts sowie der vorabdotierten Sozial- und Jugendhilfe zur Verfügung. In 2008 lag diese Zahl noch bei 221 Mio. €, im Nachtrag 2009 bei 180 Mio. €.

In 2008 wurde aufgrund hoher Gewerbesteuernachzahlungen eine Rücklage „Finanzausgleich 2010“ in Höhe von 28 Mio. € gebildet. Diese Rücklage wird 2010 zur

Ausgleich der Belastungen aus dem Finanzausgleich verwendet und ist bei der Ermittlung der allgemeinen Finanzmittel eingerechnet.



- **Ermittlung der Fach-/Bereichsbudgets**

Die Fach-/Bereichsbudgets entwickeln sich in 2010 wie folgt:

Budget 2009 (ohne Gebäudeunterhalt, ohne Nachtrag '09)	134.382.700 €
Einmalige Sonderfaktoren 2009:	-2.498.700 €
Neue einmalige Sonderfaktoren 2010:	1.621.000 €
Konsolidierung 2010:	-1.989.000 €
dauerhafte Budgetänderungen: ¹⁾	6.438.000 €
Summe Budgetentwicklung 2010	3.571.300 €
 Budgetzuschuss 2010	 137.954.000 €

1) enthalten sind insbesondere dauerhafte Sonderfaktoren, Tarifsteigerungen bei den Personalausgaben und Steigerungen der Sozial- und Jugendhilfe

Trotz der vom Gemeinderat beschlossenen Haushaltskonsolidierung (GD 223/09) steigen die Fach-/Bereichsbudgets damit um rd. 3,2 %.

Im Einzelnen wurden vom Gemeinderat folgende Sonderfaktoren gewährt:

○ **einmalige Sonderfaktoren 2009 die 2010 entfallen**-2.498.700 €

○ **einmalige / befristete Sonderfaktoren 2010 ff:**

- Hauptversammlung des Städtetags Baden-Württemberg ...	50.000 €
- Kosten für Repräsentanten beim Donaufest 2010	30.000 €
- Donaubüro, Verwaltungskraft.....	40.000 €
- Umstellung des Rechnungswesen	90.000 €
- Reduzierung des Budgetübertrags Bereich ZD	-200.000 €
- Wissenschaftlicher Förderpreis	20.000 €
- Internationales Donaufest 2010	270.000 €
- Kulturstadt an der Donau - Teil 1: Vorlaufkosten für 200 Jahre Berblingen (in 2011) und 300 Jahre Schwabenzüge (in 2012)	80.000 €
- Kulturstadt an der Donau – Teil 3: Kompaktakademie für "young professionals" aus Südosteuropa.....	30.000 €
- Ausstellung "Von neuer Staatlichkeit in die Moderne - 200 Jahre Ulm und Oberschwaben in Württemberg"	75.000 €
- Architektur-Ausstellung "Kirchen bauen" Die Pauluskirche im Kontext.	15.000 €
- Virtuelles Bürgerbüro Familie, lfd. Betreuung	125.000 €
- Bildungsmesse 2010	40.000 €
- Freizeitbad Atlantis - Erhöhung Betreiberzuschuss.....	400.000 €
- Projekt City-Bahnhof Ulm - Wettbewerb und Öffentlichkeitsarbeit.....	281.000 €
- Städtebaulicher Realisierungswettbewerb Klinikareal Safranberg	180.000 €
- Erneuerung Feuerwehr-Schutzkleidung (4. Rate)	75.000 €
- Planungskosten ÖPNV	20.000 €

1.621.000 €

○ **dauerhafte Sonderfaktoren 2010 ff:**

- Einrichtung eines "Europe direct"	37.000 €
- Erhöhung der Fraktionszuschüsse.....	5.000 €
- Mietzuschuss Unterstützung FAW-neu.....	30.000 €
- Betrieb des Servicecenters Neue Mitte	161.000 €
- Kulturstadt an der Donau - Teil 2: Popbastion - Projektleitung.....	20.000 €
- Kulturstadt an der Donau - Teil 4: Erhöhung der Allgemeinen Projektmittel für die Unterstützung von Einzelprojekten aus dem Bereich Donaukultur	30.000 €
- Stellenschaffung im Aufsichtsdienst Museum.....	38.000 €
- Stellenschaffung im Aufsichtsdienst Stadthaus	35.000 €
- Honorarerhöhung freie Mitarbeiter Musikschule	12.000 €
- ABI - SG Finanzen und Organisation: Stellenum- schichtung und -finanzierung.....	34.000 €
- Flüchtlingsaufnahmegesetz, Anpassung an tatsächlichen Bedarf	-229.000 €
- Ganztagesbetreuung an Ulmer Schulen	60.000 €
- Verlässliche Grundschule.....	256.000 €
- Projekt KibU, Ausbau Kinderbetreuung	1.600.000 €
- Feuerwehr, 1 Stelle für EVD Funktion und Organisation	73.000 €

- Feuerwehr, 1 Stelle im SG Technik	55.000 €	
- Übernahme Unterhalt für 5 Bund-Löschfahrzeuge	13.000 €	
- Zuschuss an EBU für die Stadtreinigung	120.000 €	
- Heizung-/Energiekostensenkung	-650.000 €	
- Bewirtschaftungskosten für neue Liegenschaften.....	36.000 €	
		1.736.000 €
Summe Sonderfaktoren.....		858.300 €

• Sozialhilfeausgaben

Insgesamt beträgt der Budgetzuschuss des Fachbereichs Bildung und Soziales in 2010 89 Mio. €. Dabei ist allein der Zuschussbedarf für die vorabdotierte Sozial- und Jugendhilfe seit dem Jahr 2000 um 14 Mio. € gestiegen.

Die in den letzten Jahren dramatisch gestiegenen Belastungen aus der Entwicklung der Sozialausgaben – die von der Stadt überwiegend nicht beeinflusst werden können – bleiben. In 2010 ist mit erheblich zusätzlichen Belastungen aufgrund steigender Fallzahlen im Bereich „Hartz IV“ durch die wirtschaftliche Situation

- drastisch gestiegener Vergütungssätze im Pflege- und Jugendhilfebereich
- neuer gesetzlicher Regelungen in der Kindertagespflege
- steigender Fallzahlen in der wirtschaftlichen Jugendhilfe

zu rechnen.

Obwohl der Ansatz für Sozialhilfeausgaben gegenüber 2009 um 3,2 Mio. € erhöht wird, sind die Ansätze mit erheblichen Risiken verbunden.

• Personalausgaben

Ende 2009 läuft der Tarifvertrag für die Beschäftigten (TVöD) aus. Für den neuen Tarifabschluss werden Lohnsteigerungen von 1,5 % unterstellt. Hinzu kommen finanzielle Belastungen aus der Erhöhung der Beamtenbesoldung in 2010 sowie der Erhöhung der Umlagen an den Kommunalen Versorgungsverband. Insgesamt belastet dies den städtischen Haushalt mit zusätzlich 1,2 Mio. €.

Zusätzliche Belastungen in Höhe von ca. 300.000 € erwachsen in 2010 aus der Umsetzung des neuen Tarifvertrags für Sozialpädagogen. Welche finanziellen Belastungen sich für die Stadt aus diesem Tarifvertrag für das bei bezuschussten Trägern beschäftigte, pädagogische Personal ergeben, ist derzeit noch nicht abschätzbar.

Weitere fachbereichsspezifische Belastungen ergeben sich nach wie vor durch die deutlich reduzierte Möglichkeit bei der Stadt Ulm 1€ Kräfte zu beschäftigen. Die Umwandlung in reguläre Arbeitsverhältnisse führt zu höheren Personalkosten (siehe Sonderfaktoren).

Zusätzlich haben die Fachbereiche für 2010 in erheblichen Umfang neue Stellen als Sonderfaktor beantragt. Dies ist dauerhaft finanziell nicht verkraftbar. Neue Stellen sind grundsätzlich durch Umschichtung zu finanzieren.

• Gewinnausschüttung Stadtwerke

Das Jahresergebnis der Stadtwerke ist in den vergangenen Jahren, insbesondere auch durch die Verschlechterung der gesetzlichen branchenspezifischen Rahmenbedingungen (Netzentgeltregulierung) unter Druck geraten. Um die Ertragssituation zu

stärken wird deshalb die eigene Stromproduktion ausgebaut. Hierzu sind hohe Investitionen erforderlich, weshalb die Gewinne vorrangig zur Stärkung des Eigenkapitals im Unternehmen verwendet werden.

Auf Grund der Markt- und Wettbewerbssituation und insbesondere offener Fragen der Regulierung der Netzentgelte ist weiterhin von einer angespannten und mit vielen Risiken behafteten Ertragslage der Stadtwerke auszugehen.

Auch von den Beteiligungen der Stadt wird im Rahmen der Haushaltskonsolidierung ein ehrgeiziger Beitrag erwartet. Deshalb wurde der Geschäftsführung der SWU mitgeteilt, dass die Stadt für 2010 (Ausschüttung Haushalt 2011) wieder eine Ausschüttung wie in früheren Jahren in Höhe von 4 Mio. € erwartet. In 2010 ist keine Ausschüttung der Stadtwerke eingeplant.

- **Eingriffe Bund und Land**

Sparmaßnahmen und Gesetzesänderungen von Bund und Land belasten den Stadthaushalt weiterhin erheblich. In 2010 wird mit einer Belastung von 30,3 Mio. € gerechnet.

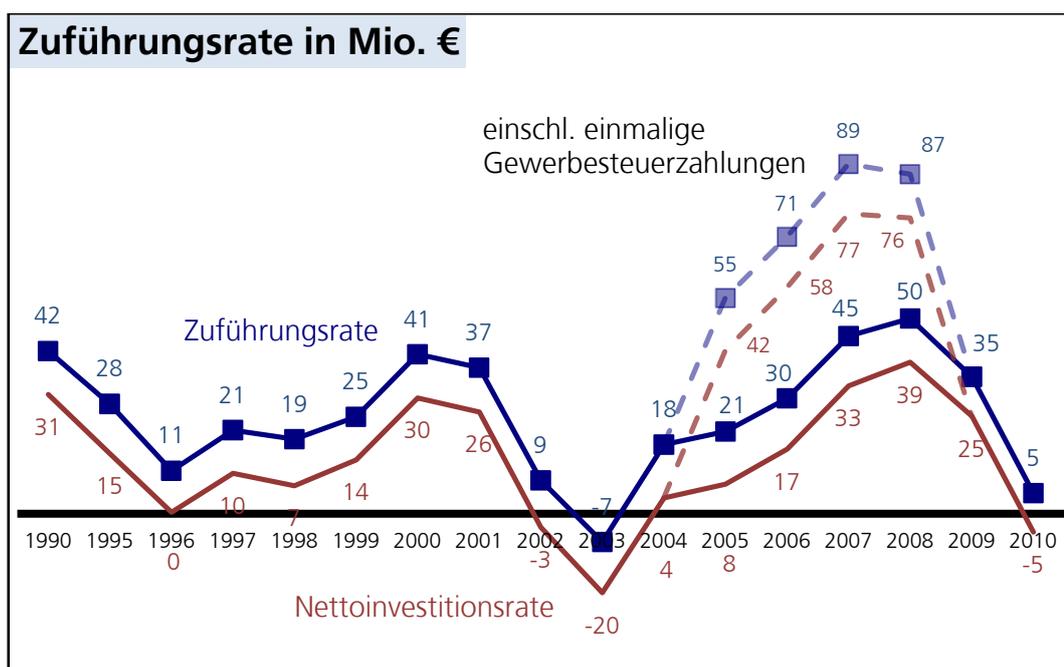
- **Steuern, Gebühren**

Der Haushalt 2010 sieht keine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer vor. Gebühren werden - im Rahmen der Leitlinien – der Kostenentwicklung angepasst. Gebührenerhöhungen sind dem Gemeinderat vorzulegen.

- **Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt**

Die Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt beträgt in 2010 nach heutiger Planung 5,3 Mio. €. Die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzuführung von 10 Mio. € wird damit **nicht** erreicht.

Generell ist eine Zuführung an den Vermögenshaushalt sogar nur deshalb möglich, weil die in 2008 gebildete Rücklage "Finanzausgleich 2010" in Höhe von 28 Mio. € vorher dem Verwaltungshaushalt zugeführt wird. Die Zuführungsrate verschlechtert sich gegenüber der beschlossenen Finanzplanung um 23,8 Mio. €.



1.4.3. Vermögenshaushalt, Schulden, Rücklagen

Die derzeit beschlossenen Großinvestitionen haben ein Investitionsvolumen von über 100 Mio. € bis 2012. Darüber hinaus ist eine Vielzahl von kleineren Investitionsmaßnahmen zu finanzieren.

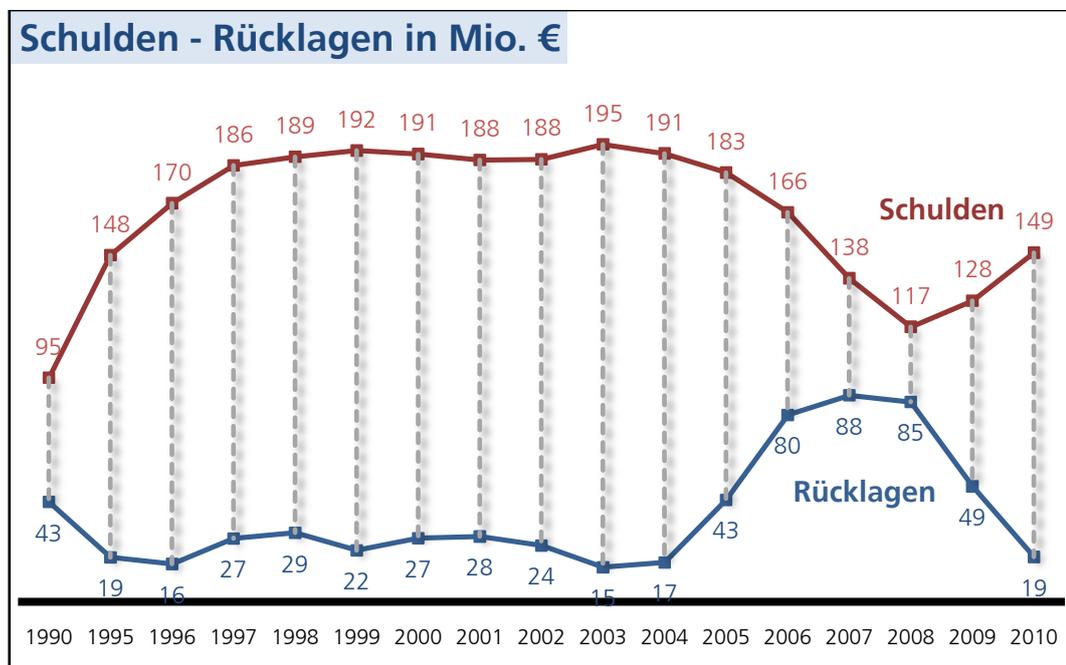
Das Investitionsvolumen im Haushalt 2010 liegt bei 64,6 Mio. € und damit trotz Haushaltskonsolidierung um rund 7 Mio. € über der beschlossenen Finanzplanung. Verantwortlich hierfür ist vor allem das im Rahmen des Konjunkturpaktes II in 2010 zusätzliche Investitionen in Höhe von 7, 4 Mio. € abgewickelt werden. Diese werden vom Land mit 75 % bezuschusst.

Zur Begrenzung der Neuverschuldung und Unterstützung der Haushaltskonsolidierung, sollte das Investitionsvolumen in **den folgenden Jahren** auf **50 Mio. €**, davon maximal **25 Mio. € Bauinvestitionen beschränkt** werden (vgl. auch Eckdatenberatung GD 225/09).

Um diese Beschränkung zu erreichen sind die Investitionen gemäß den gesamtstädtischen Leitlinien zur Haushaltskonsolidierung und Verwaltungsmodernisierung zu überprüfen (vgl. GD 223/09).

Der Gemeinderat hat als finanzpolitisches Ziel beschlossen, im Finanzplanungszeitraum keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Dieses Ziel ist für 2010 nicht realisierbar.

Nachdem es zum 31.12.2008 gelungen ist, die Verschuldung der Stadt auf 117 Mio. € zurückzuführen (2003 195 Mio. €) muss in 2010 eine Nettoneuverschuldung in Höhe von 20,4 Mio. € eingeplant werden.



1.4.4. Haushaltskonsolidierung / Strukturmaßnahmen

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 15.07.2009 (GD 223/09) ein mittelfristiges Konsolidierungsziel in Höhe von 5 Mio. € im Verwaltungshaushalt festgelegt. Davon sind 4,5 Mio. € von den Fachbereichen zu erbringen, der Rest in Höhe von 0,5 Mio. € entfallen auf übergreifende Konsolidierungsvorschläge.

Der Konsolidierungsbeitrag ist in 3 gleichen Jahresraten von 1,5 Mio. € (2010 – 2012) zu erbringen. Zusätzlich sind noch nicht erbrachte Konsolidierungsbeiträge aus den Konsolidierungsrunden 2002 und 2004 ff zu erbringen. In 2010 wurden deshalb die Budgets um 1.989.000,- € gekürzt.

Aufteilung der Konsolidierungsbeiträge auf die Fach-/Bereiche:

	Gesamt	OB	ZS	ZD	BD	KU	BuS	StBU
	in T€							
Konsolidierungsbeitrag in T€ pro Jahr 2010-2012	1.500	107	65	60	117	297	429	425
Offener Konsolidierungsbeitrag aus 2004 ff zu erbringen in 2010	489	-	-	-	-	166	107	216
Summe	1.989	107	65	60	117	463	536	641

1.4.5. Ulmer Wachstums- und Impulsprogramm

Der Gemeinderat hat am 14. Juli 2004 (GD 280/04) ein Wachstums- und Impulsprogramm mit einem Volumen von 35 Mio. € über eine Laufzeit von 7 Jahren beschlossen. Ziele des Programms sind insbesondere Impulse für Konjunktur und Beschäftigung und Abbau des städtischen Sanierungsstaus. Am 18. Juni 2008 hat der Gemeinderat beschlossen ab 2009 im Rahmen des WIP jährlich zusätzlich 1 Mio. € für energetische Gebäudesanierung bereitzustellen.

In 2010 werden für das WIP 6 Mio. € davon 1 Mio. € für energetische Gebäudesanierung bereitgestellt werden.

1.4.6. Risiken im Haushalt 2010

Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Steuereinnahmen kann derzeit nur sehr schwierig abgeschätzt werden. Insofern besteht die Gefahr, dass die jetzt veranschlagten Steuereinnahmen aufgrund von neuen Steuerschätzungen nochmals erheblich nach unten korrigiert werden müssen.

Darüber hinaus bestehen in folgenden Bereichen Risiken:

- Weitere Kürzungen von Bund und Land
- Die Entwicklung der Sozialausgaben (steigende Fallzahlen insbesondere im Bereich Hartz IV)
- Ausweitung von vorhandenen, sowie neue Aufgaben (Ausbau Kinderbetreuung)
- Belastung durch neue, große Investitionsprojekte

Da im Haushalt 2010 keinerlei Reserven enthalten sind **muss jede zusätzliche Belastung über neue Schulden finanziert werden.**

2. ERLÄUTERUNGEN ZUM HAUSHALTSPLAN 2010

2.1. Haushaltsvolumen

	Haushaltsplan		Ergebnis 2008	2010 zu 2009	2009 zu 2008
	2010	2009			
	€	€	€	v.H.	v.H.
Verwaltungshaushalt	395.744.000	424.376.600	473.321.884	-6,7	-10,3
<i>Bereinigung:</i>					
- Zuführung an Vermögenshaushalt	5.319.000	35.075.300	86.876.439		
- Innere Verrechnungen	48.224.100	48.535.400	47.004.363		
- Kalkulatorische Kosten	42.133.600	42.583.800	42.637.224		
Bereinigter Verwaltungshaushalt	300.067.300	298.182.100	296.803.858	0,6	0,5
Vermögenshaushalt	102.657.000	127.812.000	158.618.268	-19,7	-19,4
<i>Bereinigung:</i>					
- Zuführung an Verwaltungshaush.	28.000.000	34.000.000	33.000.000		
- Zuführung an Rücklagen	69.000	110.000	30.294.202		
Bereinigter Vermögenshaushalt	74.588.000	93.702.000	95.324.066	-20,4	-1,7
Bereinigter Gesamthaushalt	374.655.300	391.884.100	392.127.924	-4,4	-0,1

Trotz der eingeleiteten Haushaltskonsolidierung weist der Verwaltungshaushalt v.a. wegen der erheblichen Ausgabesteigerungen im Sozialbereich (u3-Betreuung und vorab-dotierte Sozial- und Jugendhilfe) ein steigendes Haushaltsvolumen aus (+ 0,6 v.H.). Die Reduzierung des Gesamthaushaltsvolumens um 4,4 v.H. konnte nur durch geringere Investitionen im Vermögenshaushalt erreicht werden.

2.2. Verwaltungshaushalt

2.2.1. Einnahmen des Verwaltungshaushalts

	Haushaltsplan		Ergebnis 2008	2010 zu 2009	2009 zu 2008
	2010	2009			
	T€	T€	T€	v.H.	v.H.
1. Steuern, allgemeine Zuweisungen					
Grundsteuer A und B	21.750	21.500	21.325	1,2	0,8
Gewerbesteuer laufend	65.000	81.000	73.247	-19,8	10,6
einmalige Gewerbesteuerzahlungen	0	0	45.000	-	-100,0
Anteil Einkommensteuer	41.000	44.000	48.152	-6,8	-8,6
Anteil Umsatzsteuer	8.500	8.700	8.661	-2,3	0,4
Sonstige Steuern	1.121	946	962	18,5	-1,7
Zuweisungen	30.240	34.340	40.391	-11,9	-15,0
Familienleistungsausgleich	3.800	3.700	3.506	2,7	5,5
	171.411	194.186	241.245	-11,7	-19,5
2. Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb					
Gebühren, Entgelte	24.372	24.421	23.871	-0,2	2,3
Verkaufserlöse, Mieten, Pachten u.a.	18.164	18.692	19.917	-2,8	-6,1
Erstattungen	7.301	7.609	7.582	-4,1	0,4
Innere Verrechnungen	48.224	48.535	47.004	-0,6	3,3
Zuweisungen	29.440	28.874	29.270	2,0	-1,4
Bundesbeteiligung Hartz IV	5.615	4.550	4.076	23,4	11,6
	133.116	132.681	131.720	0,3	0,7
3. Sonstige Finanzeinnahmen					
Zinsen	4.319	4.600	7.835	-6,1	-41,3
Konzessionsabgaben, Gewinne	7.700	7.500	7.281	2,7	3,0
Ersatz von sozialen Leistungen	4.345	4.105	4.718	5,8	-13,0
Kalkulatorische Einnahmen	42.134	42.584	42.637	-1,1	-0,1
Zuführung vom Vermögenshaushalt	28.000	34.000	33.000	-17,6	3,0
Sonstige Einnahmen	4.720	4.720	4.885	0,0	-3,4
	91.218	97.509	100.357	-6,5	-2,8
Einnahmen insgesamt	395.744	424.377	473.322	-6,7	-10,3

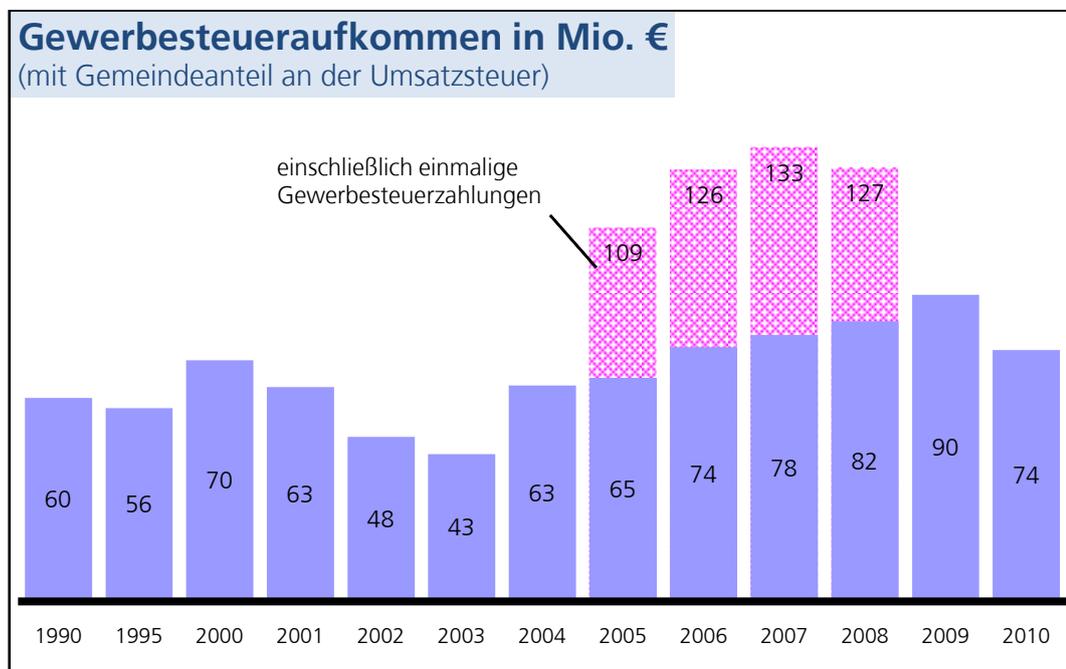
2.2.1.1 Steuern, allgemeine Zuweisungen

Die Mehreinnahmen bei der **Grundsteuer** in 2010 ergeben sich aus der Fortschreibung der Einheitswerte für die laufende Bautätigkeit.

	Grundsteuer B
Durchschnittshebesatz der baden-württembergischen Stadtkreise 2009	433 v.H.
Hebesatz in Ulm 2010 (seit 2005)	395 v.H.

2005 bis 2008 enthält die **Gewerbsteuer** erhebliche einmalige Zahlungen einzelner Gewerbesteuerzahler. 2009 sind keine derartigen einmaligen Zahlungen mehr enthalten, allerdings konnte aufgrund von Nachzahlungen für die Vorjahre, ein nach wie vor positives Ergebnis erzielt werden. 2010 wirkt sich die schlechte konjunkturelle Situation aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise in einem deutlich reduzierten Gewerbesteueraufkommen aus.

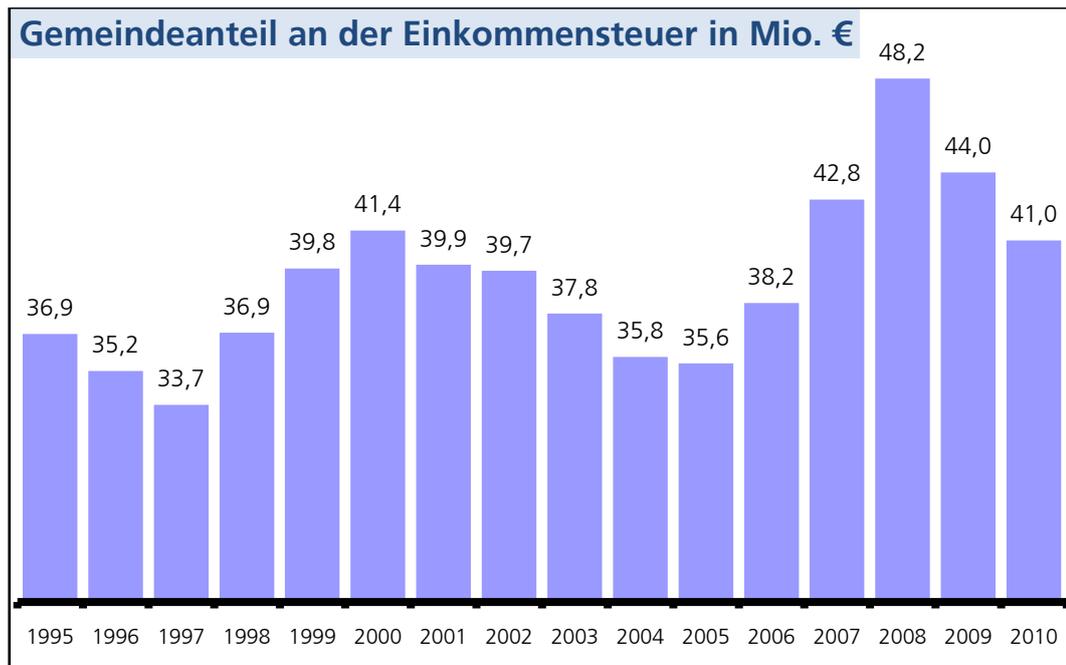
Das Gewerbesteueraufkommen hat sich wie folgt entwickelt:



Durchschnittshebesatz der baden-württembergischen Stadtkreise 2009	394 v.H.
Hebesatz in Ulm 2010 (seit 1994)	360 v.H.

Die Gemeinden erhalten 15 v.H. der in Baden-Württemberg erzielten Lohn- und **Einkommensteuer** und 12 v.H. vom Zinsabschlag. Der Gemeindeanteil wird aufgrund von Schlüsselzahlen, die alle 3 Jahre neu festgelegt werden, auf die Gemeinden verteilt. Ab 01.01.2009 beträgt die Schlüsselzahl für die Stadt Ulm 0,0109659.

Auf Grundlage der Steuerschätzung vom Mai 2009 reduziert sich der Einkommensteueranteil 2010 gegenüber 2008 um 7,2 Mio. € bzw. 15 v.H.



Als Ersatz für die zum 01.01.1998 abgeschaffte Gewerbesteuer erhalten die Gemeinden einen Anteil von 2,2 v.H. aus der **Umsatzsteuer**, der nach einem festen Verteilungsschlüssel auf die Gemeinden verteilt wird. 2010 wird auf Grundlage der Steuererschätzung vom Mai 2009 für die Gemeinden Baden-Württembergs von einem Umsatzsteueraufkommen mit rd. 490 Mio. € ausgegangen (Orientierungsdaten 2010 des Landes vom 24.06.2009).

Die Einnahmen aus **sonstigen Steuern** erhöhen sich aufgrund einer Steuererhöhung bei der Vergnügungssteuer zum 1. Januar 2009, deren Auswirkungen im Planansatz 2009 noch nicht vollständig enthalten sind.

Die **Zuweisungen** setzen sich aus den Schlüsselzuweisungen (mangelnde Steuerkraft, Stadt als Stadtkreis, kommunale Investitionspauschale) und den sonstigen allgemeinen Zuweisungen (für die Wahrnehmung von Aufgaben als Untere Verwaltungsbehörde, Grunderwerbsteueraufkommen) zusammen. Die Veranschlagung erfolgte auf Grundlage der Orientierungsdaten 2010 des Landes vom 24.06.2009.

2.2.1.2 Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb

Die **Gebühren** sind entsprechend den Grundsätzen des § 78 Abs. 2 Nr. 1 Gemeindeordnung in Verbindung mit § 9 Kommunalabgabengesetz der Kostenentwicklung anzupassen. Entsprechend den Leitlinien zur Haushaltskonsolidierung sind die Gebührenhaushalte daraufhin jährlich zu überprüfen. Die rückläufigen Einnahmen 2010 sind auf den Wegfall von Sonderveranstaltungen in 2009 (Fischerstechen und Ulmer Theater auf der Wilhelmsburg) zurückzuführen. Generell ist ein Anstieg der Gebühreneinnahmen zu verzeichnen. Nähere Informationen zu den einzelnen Gebührenhaushalten sind in den Vorberichten der Fach-/Bereiche enthalten.

Die **Verkaufserlöse u.a.** reduzieren sich 2010 aufgrund des Wegfalls einer Steuererstattung im Zusammenhang mit der Gewinnausschüttung der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH. 2008 sind ebenfalls eine Steuererstattung (694 T€), sowie sonstige Sach- bzw. Personalkostenersätze als zusätzliche, einmalige Einnahmen enthalten.

Bei den **Erstattungen** fielen in den Vorjahren höhere einmalige Erstattungen der Stadt Neu-Ulm im Bereich Eislaufanlage/Donaufreibad/Atlantis an. 2010 entfällt außerdem die Erstattung des Landes für das Staatliche Schulamt, das von der Stadt wieder ans Land rückübertragen wurde.

Grundsätzliche Ausführungen zu den **Inneren Verrechnungen** werden in den Allgemeinen Vorbemerkungen zum Haushaltsplan unter Ziff. 2.8 und unter Ziff. V des Fachbereichs-Vorberichts zum Budget „Zentrale Dienste“ gemacht. Die Aufteilung der Inneren Verrechnungen ist in den Anlagen 6 zum Haushaltsplan dargestellt.

Die **Zuweisungen** setzen sich wie folgt zusammen:

	Haushaltsplan		Ergebnis	2010 zu	2009 zu
	2010	2009	2008	2009	2008
	T€	T€	T€	v.H.	v.H.
vom Land					
Sachkostenbeiträge Schulen	12.076	12.076	11.711	0,0	3,1
Zuweisungen Kinderbetreuung	5.935	5.495	4.720	8,0	16,4
Theater	4.224	4.224	3.953	0,0	6,9
Schülerbeförderung	2.380	2.380	2.383	0,0	-0,1
Soziallastenausgleich	1.500	1.500	1.530	0,0	-2,0
Unterhaltung der Straßen	705	657	714	7,3	-7,9
Altlastensanierung	525	525	1.204	0,0	-56,4
Sonstige Zuweisungen	1.764	1.694	1.892	4,1	-10,4
Sonstige Körperschaften u.a.	330	323	1.162	2,4	-72,2
Summe	29.440	28.874	29.270	2,0	-1,4

Bei den sonstigen Zuweisungen des Landes sind insbesondere Zuweisungen für den ÖPNV, für die Eingliederung von Sonderbehörden, sowie für verschiedene Projekte berücksichtigt.

Die Zuweisungen der sonstigen Körperschaften enthalten 2008 als zusätzliche Einnahmen unter anderem Einnahmen für die Bildungsmesse (197 T€), sowie verschiedene Spenden und Sponsoringeinnahmen vor allem für die Heimattage (193 T€) und den sonstigen kulturellen Bereich (451 T€).

Die **Bundesbeteiligung** an den durch **Hartz IV** entstandenen Kosten erhöht sich aufgrund steigender Fallzahlen und den damit verbundenen höheren Ausgaben (vgl. hierzu Ziff. VIII des Vorberichts zum Fachbereich Bildung und Soziales).

2.2.1.3 Sonstige Finanzeinnahmen

In 2008 konnte aufgrund einer erhöhten Liquidität (einmalige Gewerbesteuerzahlungen) höhere **Zinseinnahmen** erreicht werden, die ab 2009 in diesem Umfang nicht mehr erwartet werden. Außerdem reduzieren sich die Zinseinnahmen 2010 wegen Tilgungen städtischer Darlehen durch EBU und die Gesellschaften.

Bei den **Konzessionsabgaben, Gewinnen** sind die Konzessionsabgaben der SWU und der FUG enthalten. Seit 2008 wird wegen der staatlichen Reduzierung der Netznutzungsentgelte keine Gewinnausschüttung der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH mehr erwartet.

Die **kalkulatorischen Einnahmen** sind eine Verrechnungsposition innerhalb des Haushalts. Den Einnahmen stehen auf der Ausgabenseite kalkulatorische Kosten in gleicher Höhe gegenüber (vgl. Ziff. 2.2.2).

Durch die **Zuführung vom Vermögenshaushalt** werden Belastungen im kommunalen Finanzausgleich ausgeglichen, die aufgrund einmaliger Gewerbesteuerzahlungen jeweils im zweitvorangegangenen Jahr entstanden sind. Hierfür wurden in diesen Jahren zweckgebundene Rücklagen gebildet, die in den Jahren 2008 bis 2010 entnommen und dem Verwaltungshaushalt zum Ausgleich der Belastungen zugeführt werden (vgl. Ziff. 2.3.1).

Die **Sonstigen Einnahmen** setzen sich im Wesentlichen aus Verwarnungs- und Bußgeldern im Bereich der öffentlichen Ordnung, Veranlagungszinsen, Säumniszuschlägen und Verzugszinsen zusammen.

2.2.2. Ausgaben des Verwaltungshaushalts

	Haushaltsplan		Ergebnis 2008 T€	2010 zu 2009 v.H.	2009 zu 2008 v.H.
	2010 T€	2009 T€			
1. Personalausgaben	89.975	88.208	84.325	2,0	4,6
2. Sächl. Verwaltungs- und Betriebsausgaben, Zuweisungen, Sozialhilfe					
Sächl. Verwaltungs-/Betriebsaufwand	61.736	62.365	65.654	-1,0	-5,0
Zuweisungen, Zuschüsse	30.870	31.100	26.471	-0,7	17,5
Leistungen der Sozialhilfe	57.201	54.735	51.256	4,5	6,8
Innere Verrechnungen	48.224	48.535	47.004	-0,6	3,3
kalkulatorische Kosten	42.134	42.584	42.637	-1,1	-0,1
	240.164	239.318	233.023	0,4	2,7
3. Sonstige Finanzausgaben					
Zinsen	5.500	4.775	5.502	15,2	-13,2
Umlagen	55.720	56.000	63.127	-0,5	-11,3
Deckungsreserve und sonstiges	1.000	1.000	468	0,0	113,6
Konsolidierung - Glob.Minderausgabe	-1.934	-	-	-	-
Zuführung zum Vermögenshaushalt	5.319	35.075	86.876	-84,8	-59,6
	65.605	96.850	155.974	-32,3	-37,9
Ausgaben insgesamt	395.744	424.377	473.322	-6,7	-10,3

2.2.2.1 Personalausgaben

a) Stellen

Personalausgaben sind veranschlagt für folgende Stellen:

	2009	Zugang	Abgang	Saldo	2010
Beamte ¹⁾	369,25	15,40	1,50	13,90	383,15
Beamte z.A. ²⁾	9,00	0,00	9,00	-9,00	0,00
Beschäftigte ¹⁾	1.402,61	17,93	9,10	8,83	1.411,44
zusammen	1.780,86	33,33	19,60	13,73	1.794,59

1) ohne Leerstellen

2) Wegfall des Beamtenverhältnisses „zur Anstellung – z.A.“ zum 01.04.2009 durch das Beamtenstatusgesetz; die Stellen werden ab 2010 bei den Beamten geführt und sind dort als Zugang ausgewiesen.

Die Stellenzahl erhöht sich per Saldo um 13,73 Stellen.

Stellenneuschaffungen ergeben sich

- bei der Zentralen Steuerung
 - für die Verwaltungsleitung Donaubüro + 1,00
 - für Benutzersupport Virtuelles Bürgerbüro + 1,00
 - Stabstelle Geodatenmanagement + 2,00
- bei den Bürgerdiensten für das Service Center Neue Mitte + 4,00
- im Fachbereich Kultur
 - bei der Bibliothek + 0,25
 - beim Archiv – Projekt Patrizierfamilien + 1,00
 - beim Museum für Inventarisierung + 0,50
 - beim Museum für Aufsichtspersonal + 1,24
 - beim Theater + 1,65
 - beim Stadthaus (Aufsichtspersonal) + 1,00
 - bei der Musikschule + 0,50
- im Fachbereich Bildung und Soziales
 - für Mobile Jugendarbeit + 2,00
 - für Ausbau Kinderbetreuung + 3,69
- beim Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt
 - Feuerwehr (für EDV, Organisation und Technik) + 2,00

Stellenstreichungen ergeben sich

- Im Bereich Oberbürgermeister - 2,00
- Im Fachbereich Bildung und Soziales - 4,10
- Im Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt - 2,00

2,5 Beschäftigtenstellen werden in Beamtenstellen umgewandelt. Daneben wurden 9 z.A.-Stellen aufgrund einer Rechtsänderung im Beamtenbereich (Beamtenstatusgesetz) in reguläre Stellen umgewandelt. Dies wird bei der entsprechenden Mitarbeitergruppe als Zu- bzw. als Abgang ausgewiesen.

b) Fortschreibung der Personalausgaben für das Jahr 2010

Ende 2009 läuft der Tarifvertrag für die Beschäftigten (TVöD) aus. Für 2010 wird eine Tarifsteigerung von 1,5% erwartet. Ebenfalls enthalten ist eine Erhöhung der Beamtenbesoldung 2010, sowie Umlagesteigerungen an den Kommunalen Versorgungsverband. Daneben wirkt die ab 01.11.2009 geltende Tarifierhöhung im Bereich der Kinder-

betreuung und der Sozialpädagogen mit Mehrausgaben von 200.000 € nach (Gesamtbelastung inkl. Nachtrag 2009: 350.000 €).

Insgesamt ist eine **deutliche Steigerung der Personalausgaben** zu verzeichnen (seit 2007 um rd. 10% oder 8,5 Mio. €). Neben den Tariflohnerhöhungen sind vor allem zusätzliche Stellen Belastungen, die dauerhaft zu finanzieren sind. Auch in den nächsten Jahren wird vor allem der Ausbau der Kinderbetreuung zu weiteren Stellenmehrungen führen, verdeckt zum größeren Teil über die Zuschüsse an die Träger der Einrichtungen.

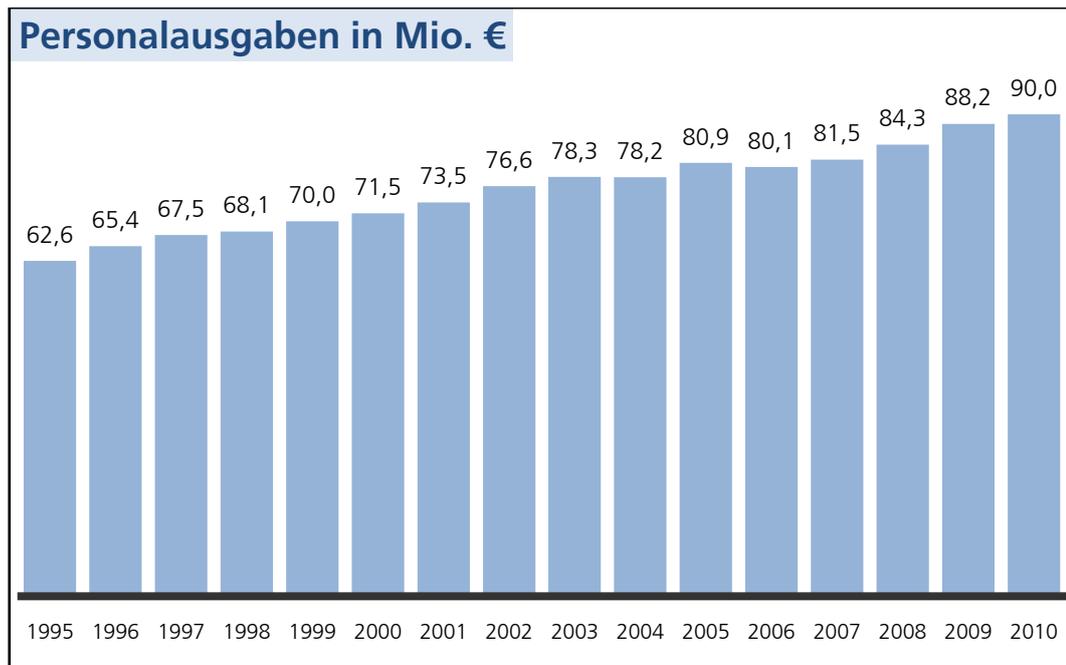
Die Personalausgaben entwickeln sich wie folgt:

Planansatz 2009 (Nachtrag)	88.208.100 €
Änderungen 2010:	
- Tarif- und Besoldungserhöhung, Umlageänderungen	1.173.000 €
- Nachwirkung Tariferhöhung Erzieherinnen/Sozialpädagogen	200.000 €
- Mehrausgaben aufgrund von Stellenneuschaffungen	869.000 €
- Wenigerausgaben	
• Wegfall Wahlen 2009	-220.000 €
• Wegfall Personalgestellung Atlantis	-77.000 €
• Wegfall Rückübertragung Staatl. Schulamt ans Land	-76.500 €
• Konsolidierung	-55.000 €
• Stellenstreichungen	-71.000 €
- sonstige Änderungen	24.000 €
<hr/>	
Planansatz 2010	89.974.600 €

c) Konsolidierung

Die Personalausgaben wurden im Rahmen der Konsolidierungs- bzw. Strukturmaßnahmen 2004 ff von 2002 bis 2010 wie folgt reduziert:

2002:	-235.000 €
2003:	-1.490.000 €
2004:	-890.000 €
2005:	-1.239.000 €
2006:	-594.000 €
2007:	-397.000 €
2008:	0 €
2009:	-86.000 €
2010:	-55.000 €
<hr/>	
Summe	-4.986.000 €



2.2.2.2 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand

	Haushaltsplan		Ergebnis 2008 T€	2010 zu 2009 v.H.	2009 zu 2008 v.H.
	2010 T€	2009 T€			
Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude	27.185	27.944	28.193	-2,7	-0,9
Sonstiger Betriebsaufwand	34.552	34.421	37.461	0,4	-8,1
Summe	61.736	62.365	65.654	-1,0	-5,0

Bei den **Unterhaltungsmaßnahmen** sind im Rahmen des Wachstums- und Impulsprogramms in 2009 und 2010 zusätzliche Mittel von jeweils 4,4 Mio. € - davon 1 Mio. € für energetische Sanierung enthalten. 2008 waren hierfür 3,6 Mio. € enthalten (vgl. Anlage 5 und Ziff. VII des Fachbereichsvorberichts StBU).

Für einmalige Unterhalts- und Sanierungsmaßnahmen im Atlantis Freizeitbad sind in 2009 116 T€ und in 2008 717 T€ enthalten.

In 2010 ist im Bereich der Gebäudebewirtschaftung eine Reduzierung der Energiekosten aufgrund rückläufiger Energiepreise von 650 T€ veranschlagt.

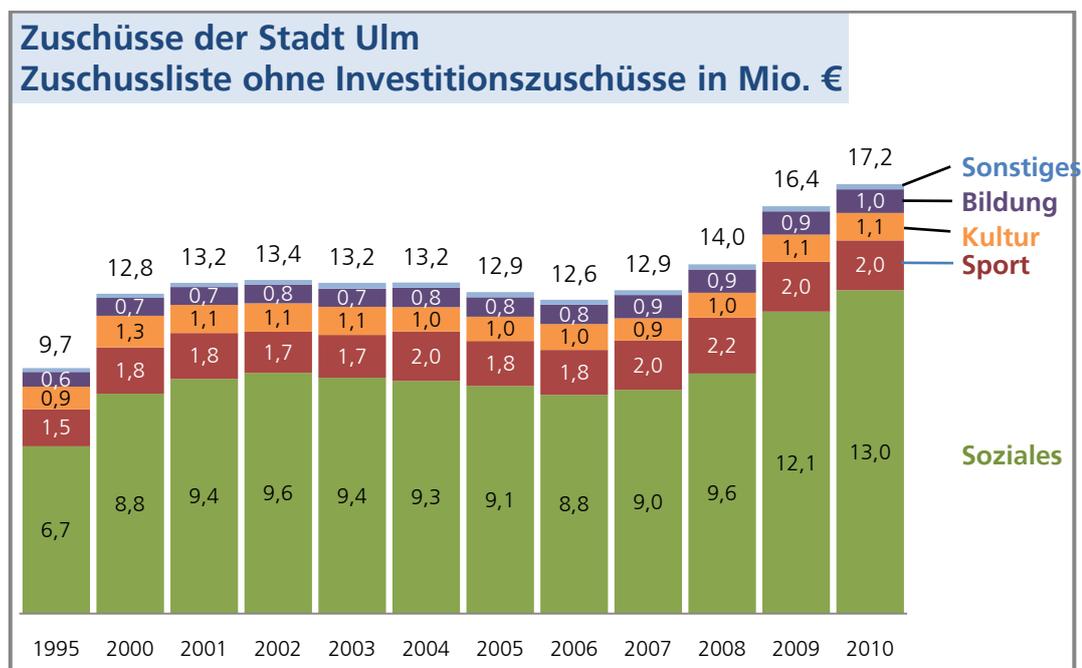
Der **sonstige Betriebsaufwand** enthält in 2008 Ausgaben für den Steuerkraftausgleich im Zusammenhang mit der Übertragung der Aufgaben vom Landeswohlfahrtsverband mit 1,9 Mio. € (2009: 0,6 Mio., 2010: 1 Mio. €). In 2008 sind außerdem bei der Altlastenbearbeitung gegenüber 2009 und 2010 Mehrausgaben von 725 T€ und für verschiedene Projekte und Veranstaltungen – insbesondere die Heimattage mit 541 T€ - höhere Ausgaben enthalten.

2.2.2.3 Zuweisungen und Zuschüsse

Zusammensetzung der Zuschüsse:

	Haushaltsplan		Ergebnis 2008	2010	2009
	2010	2009		zu 2009	zu 2008
	T€	T€	T€	v.H.	v.H.
Zuschussliste (Anlage 4 zum HHPI)	17.238	16.353	14.040	5,4	16,5
Landeszuschuss für Kinderbetreuung	3.854	3.530	2.931	9,2	20,5
Zuschuss EBU Stadtreinigung	2.946	3.078	2.826	-4,3	8,9
Zuschuss ÖPNV	2.449	2.411	2.447	1,6	-1,5
Betreiberzuschuss Freizeitbad Atlantis	1.176	1.176	674	0,0	74,4
Betreiberzusch. Eislaufanl./Donaufreibad	1.097	2.397	1.440	-54,2	66,5
Schülerbeförderung	880	880	811	0,0	8,5
Ulm/Neu-Ulm Touristik GmbH	549	549	666	0,0	-17,5
Zuschuss EBU Wasserläufe/Wasserbau	179	179	170	0,0	5,2
Stadtentwicklungsverband	125	172	143	-27,2	19,9
ZV Tierkörperbes.anst. Warthausen	100	100	88	0,0	14,1
Nachbarschaftsverband Ulm	95	95	66	0,0	44,5
Umlage Regionalverband	75	75	75	0,0	-0,1
Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse	106	105	94	1,3	11,5
Summe	30.870	31.100	26.471	-0,7	17,5

Den Schwerpunkt der laufenden Zuweisungen und Zuschüsse bilden die freiwilligen Zuwendungen an Sportvereine, kulturelle Vereinigungen, Vereine und Organisationen, die auf sozialen und gesundheitlichen Gebieten arbeiten, sowie Betriebskostenzuschüsse an Kindergärten. Diese Ausgaben sind in der sog. „Zuschussliste“ (Anlage 4 zum Haushaltsplan) im einzelnen aufgelistet.



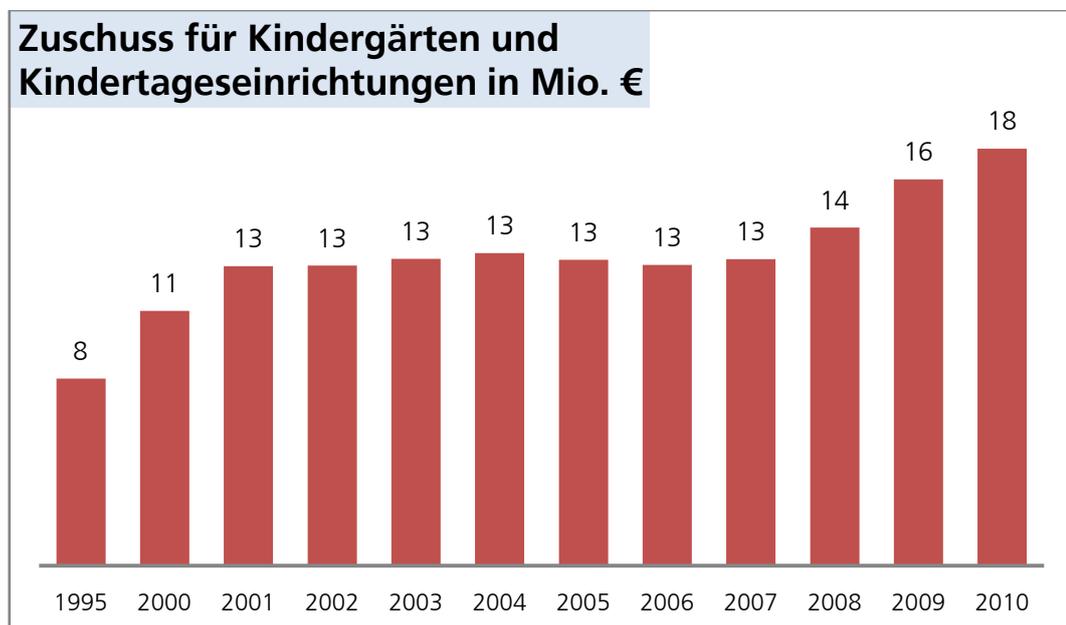
Die Entwicklung der Zuschussliste ist **durch die Entwicklung der Zuschüsse für Kindertageseinrichtungen geprägt**. Diese haben sich (ohne kommunalisierten Landeszuschuss) wie folgt entwickelt:

	Haushaltsplan		Ergebnis 2008 T€	2010 zu 2009 v.H.	2009 zu 2008 v.H.
	2010	2009			
	T€	T€			
- Betriebskostenzuschuss an freie Träger	7.439	6.658	6.040	11,7	10,2
- Zuschuss für Betriebskindertageseinricht.	1.300	1.300	200	0,0	551,2
- Ausbau Kinderbetreuung	1.000	1.000	415	0,0	140,9
- Erhöhter Bedarf Aufsichtspflicht	150	-	-	-	-
- Zuschuss an Tagesmütterverein	100	84	83	19,2	0,6
Summe	9.989	9.042	6.738	10,5	34,2

2007 lag der in der Zuschussliste geführte Anteil für Kinderbetreuung noch bei 5,9 Mio. €. Dies bedeutet bis 2010 eine Steigerung um 4,1 Mio. € bzw. 69%.

Der gesamte Zuschussbedarf für Kindertageseinrichtungen entwickelt sich wie folgt:

	Haushaltsplan		Ergebnis 2008 T€	2010 zu 2009 v.H.	2009 zu 2008 v.H.
	2010	2009			
	T€	T€			
Zuschussbedarf Kindertageseinrichtungen	17.906	16.416	14.234	9,1	15,3



Dem **Landeszuschuss für Kinderbetreuung** steht eine entsprechende Einnahme aus Landeszuweisungen bei Gruppierung 1710 gegenüber (vgl. Ziff. 2.2.1.2).

Seit 2007 sind im **Zuschuss an EBU für die Stadtreinigung** 150 T€ für Qualitätsverbesserungen enthalten. Zusätzlich wurde der Zuschuss zur Verbesserung der Straßenreinigung seit 2008 um jährlich 150 T€ erhöht. In 2009 und 2010 wurde der Regelzus-

chuss aufgrund von Tarifsteigerungen erhöht, wobei in 2009 zusätzlich eine Nachzahlung für das Vorjahr enthalten ist.

Das Freizeitbad Atlantis, sowie Donaureibbad und Eislaufanlage werden derzeit von der Freizeitanlagen Neu-Ulm Betriebsgesellschaft mbH (FZG) betrieben. Die **Betreiberzuschüsse für das Freizeitbad Atlantis** und für die **Eislaufanlage/Donaureibbad** wurden entsprechend dem Beschluss des Gemeinderats vom 24.07.09 (GD 312/09) veranschlagt.

Beim **Zuschuss an die Ulm/Neu-Ulm Touristik GmbH** waren 2008 Sondermittel für die Landesgartenschau Neu-Ulm und für die Heimattage Baden-Württemberg, sowie für einmalige Kosten im Zusammenhang mit Altersteilzeit in Höhe von insgesamt 138 T€ enthalten. Ab 2009 ist für Tarifsteigerungen ein Mehrbedarf von 21 T€ berücksichtigt.

Beim Zuschuss an den **Stadtentwicklungsverband** war bis 2009 ein Zuschuss für die Internationale Schule mit 47 T€ enthalten.

2.2.2.4 Leistungen der Sozialhilfe

Die Gesamtbelastung aus der Sozialhilfe setzt sich wie folgt zusammen:

	Haushaltsplan		Ergebnis 2008	2010 zu 2009	2009 zu 2008
	2010	2009			
	T€	T€	T€	v.H.	v.H.
• Sozialhilfe örtlicher Träger (UA 4100)					
- Eingliederungshilfe	14.400	14.400	13.569	0,0	6,1
- Hilfe zur Pflege	5.800	5.830	5.437	-0,5	7,2
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	7.640	7.500	7.076	1,9	6,0
- Hilfe zum Lebensunterhalt	1.400	1.425	1.264	-1,8	12,7
- sonstige Hilfen örtlicher Träger	560	585	522	-4,3	12,1
• Grundsicherung für Arbeitssuchende	16.200	14.625	13.487	10,8	8,4
• Jugendhilfe (Abschn. 45)	8.253	7.715	7.235	7,0	6,6
• Sonstige Hilfen					
- Durchführung Asylbewerberleistungsgesetz (UA 4200)	725	650	656	11,5	-0,9
- Unterhaltsvorschuss (UA 4810)	950	950	912	0,0	4,2
- Kriegsopferfürsorge (UA 4400/4405)	775	550	608	40,9	-9,5
- Sonstiges	498	505	490	-1,4	3,2
Ausgaben Sozial- u. Jugendhilfe	57.201	54.735	51.256	4,5	6,8
weitere Ausgaben, die in der vorabdotierten Sozial- und Jugendhilfe enthalten sind	304	307	255	-1,1	20,5
./.. Erstattungen	2.560	2.515	2.643	1,8	-4,9
./.. Kostenersätze	4.345	4.105	4.718	5,8	-13,0
./.. Bundeserstattung Hartz IV	5.615	4.550	4.076	23,4	11,6
Summe vorabdotierte Sozial- und Jugendhilfe	44.985	43.872	40.074	2,5	9,5

Seit 2008 ist der Zuschussbedarf um rd. 12,5% oder 5 Mio. € gestiegen. Seit 2000 beträgt der Anstieg rd. 45% oder 14 Mio. €. Wegen der bereits beschriebenen unsicheren Prognosen kann sich diese Steigerung bereits im Jahr 2010 nochmals deutlich erhöhen.

Im Bereich **Alten- und Behindertenhilfe** (inkl. Grundsicherung) (UA 4100) wurden durch die Umstrukturierung des Landeswohlfahrtsverbands zum 01.01.2005 umfangreiche Aufgaben des bisherigen überörtlichen Trägers auf die Stadt verlagert. Insbesondere aufgrund der Fallzahlenentwicklung bei der Eingliederungshilfe sowie der Entgelterhöhung der freien Träger ergibt sich eine erhebliche Belastung des Haushalts. Im Nachtrag 2009 ist deshalb eine Erhöhung um rd. 1,7 Mio. € erfolgt, für 2010 wird dieser Ansatz geringfügig reduziert. Gegenüber dem Ergebnis 2008 wird damit eine Erhöhung des Zuschussbedarfs um 2 Mio. € prognostiziert. Um die Herausforderungen meistern zu können wird derzeit das Projekt "Sozialraumorientierung in der Alten- und Behindertenhilfe" durchgeführt. Leitgedanken sind dabei Sozialraumorientierung, Ambulantisierung, Personenzentrierter Ansatz, Normalisierung, uneingeschränkte Teilhabe an der Gesellschaft sowie die Versorgungsverantwortung für Ulmer.

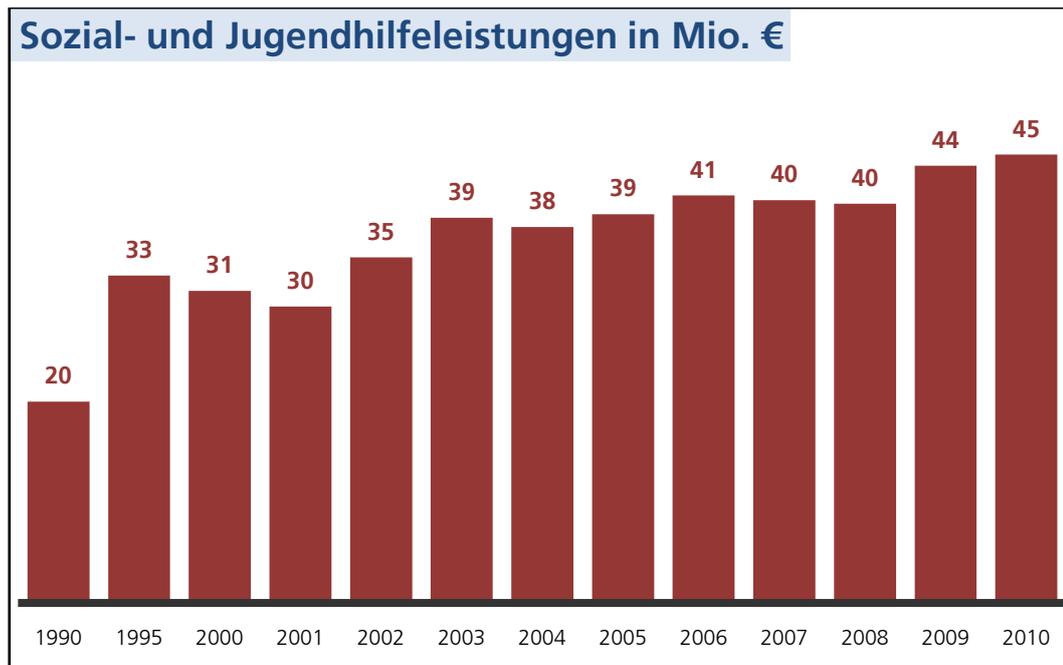
Im Bereich der **Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)** wurde der Zuschussbedarf im Nachtrag 2009 um 130.000 € erhöht. Für 2010 wird eine aufgrund der Wirtschaftskrise und der damit verbundenen Fallzahlensteigerung eine weitere Erhöhung des Zuschussbedarfs um 430.000 € erwartet.

Im Bereich der **Hilfen zur Erziehung** (HzE, wirtschaftl. Jugendhilfe) wurde im Jahr 2007 die gemeinsame Budgetverantwortung mit den Freien Trägern auf alle Sozialräume ausgeweitet und ein verbindliches Regelwerk geschaffen (vgl. FBA 06.12.06 bzw. 04.07.07). Dieses Regelwerk hat sich grundsätzlich bewährt und soll auch in den Jahren 2010 ff weitergelten. Aufgrund der Entgelterhöhung der freien Träger sowie erwarteter Fallzahlensteigerungen muss der Ausgabeansatz jedoch angepasst werden. Obwohl bereits im Nachtrag 2009 eine Erhöhung um 350.000 € erfolgt ist, ist für 2010 eine weitere Steigerung um 550.000 € zu erwarten. Der Planansatz 2010 liegt damit um fast 1,3 Mio. € über dem Rechnungsergebnis von 2008.

Im Jahr 2009 wird der Planansatz der vorabdotierten Sozial- und Jugendhilfe insbesondere aufgrund der Fallzahlensteigerung im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) sowie der Entgelterhöhungen im Bereich Eingliederungshilfe sowie Jugendhilfe voraussichtlich um rd. 2 Mio. € überschritten, im Nachtrag 2009 erfolgte eine entsprechende Anpassung.

Für das Jahr 2010 sind weitere Risiken durch Fallzahlensteigerungen im Bereich Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) und der Leistungen nach SGB II sowie der Entgelterhöhungen der freien Träger gegeben. Der Ansatz 2010 wird deshalb gegenüber dem Nachtrag 2009 nochmals um 1 Mio. € erhöht. Gegenüber dem Rechnungsergebnis 2008 ergibt sich damit eine Steigerung um rd. 5 Mio. €.

Gegebenenfalls muss während des Planvollzugs 2010 nachgesteuert werden. Im Übrigen wird auf die Erläuterungen im Fachbereichsvorbericht Bildung und Soziales und bei den UA 4100 ff. verwiesen.



2.2.2.5 Sonstige Finanzausgaben

Trotz der Nettoneuverschuldung im Nachtrag wirkt sich in 2009 bei den **Zinsausgaben** der reduzierte Schuldenstand aus. 2010 steigen mit der Verschuldung auch die Zinsausgaben wieder an.

Die **Umlagen** setzen sich wie folgt zusammen:

	Haushaltsplan		Ergebnis	2010	2009
	2010	2009	2008	zu 2009	zu 2008
	T€	T€	T€	v.H.	v.H.
Gewerbsteuerumlage	12.700	14.800	22.866	-14,2	-35,3
Finanzausgleichsumlage	42.500	40.700	39.776	4,4	2,3
Umlage KVJS (früher LWV-Umlage)	520	500	485	4,0	3,0
Summe	55.720	56.000	63.127	-0,5	-11,3

Die **Gewerbsteuerumlage** für 2010 beträgt voraussichtlich 70 v.H. der Bemessungsgrundlage (2009: 67 v.H., 2008: 65 v.H.). Der Umlagesatz setzt sich zusammen aus 35 v.H. Grundbetrag und einem Zuschlag zur Mitfinanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“ und des Solidarpakts von 35 v.H. In den beiden Vorjahren war der Umlagesatz zum Ausgleich der Wirkungen der Unternehmenssteuerreform abgesenkt. Die niedrigere Gewerbsteuerumlage resultiert aus einem reduzierten Gewerbesteueraufkommen, 2008 wirkten sich insbesondere einmalige Gewerbesteuerzahlungen aus.

Die Höhe der **Finanzausgleichsumlage** hängt wesentlich von den Gewerbesteuereinnahmen des zweitvorangegangenen Jahres ab. Bedingt durch die einmaligen Gewerbesteuerzahlungen in den Jahren 2006 bis 2008 bewegt sich die Umlage in allen 3 Jahren insgesamt auf einem erhöhten Niveau. Die FAG-Umlage steigt 2010 aufgrund eines höheren Umlagesatzes.

2.2.3. Fach-/Bereichshaushalte

Den einzelnen Budgethaushalten wird jeweils ein eigener Vorbericht vorangestellt. Hierin werden die Entwicklung der Eckdaten (mit den wesentlichen Änderungen zum Vorjahr), die Entwicklung der Personalausgaben und der Gebührenhaushalte, sowie die Konsolidierungs- und Strukturmaßnahmen dargestellt. In den Vorberichten der Fachbereiche Kultur, Bildung und Soziales und Stadtentwicklung, Bau und Umwelt sind außerdem die wesentlichen Ziele und Leistungen des jeweiligen Fachbereichs dargestellt. Desweiteren werden beim Bereich „Zentrale Dienste“ die Inneren Verrechnungen, beim Fachbereich „Bildung und Soziales“ die vorabdotierte Sozialhilfe und beim Fachbereich „Stadtentwicklung, Bau und Umwelt“ das Ulmer Wachstums- und Impulsprogramm erläutert.

Auf die Fach-/Bereichsvorberichte wird an dieser Stelle verwiesen.

2.3. Vermögenshaushalt

2.3.1. Ausgaben des Vermögenshaushalts

Die Ausgaben des Vermögenshaushalts verteilen sich auf die einzelnen Ausgabearten wie folgt:

	Haushaltsplan		Ergebnis
	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
1. Bauausgaben			
Hochbauten	19.102	22.743	17.030
Tiefbauten	8.785	12.415	8.183
Sonstige Anlagen	3.255	2.566	3.178
	31.142	37.724	28.391
2. Vermögenserwerb			
Beteiligungen	5.000	2.750	6.260
Grundstückserwerb	15.500	25.600	19.183
Erwerb beweglicher Sachen	4.337	5.788	5.292
	24.837	34.138	30.736
3. Gewährung von Darlehen	0	300	220
4. Investitionsförderungsmaßnahmen	8.609	11.440	6.718
Summe Investitionen	64.588	83.602	66.064
5. Finanzwirtschaftliche Ausgaben			
Zuführung an Rücklagen	69	110	30.294
Zuführung zum Verwaltungshaushalt	28.000	34.000	33.000
ordentliche Kredittilgung	10.000	10.100	11.210
außerordentliche Kredittilgung	0	0	18.050
	38.069	44.210	92.554
Ausgaben insgesamt	102.657	127.812	158.618

Die **Baumaßnahmen** verteilen sich auf die Aufgabenbereiche wie folgt:

	Betrag T€	Anteil an den Bau- maßn. v.H.
Hochbauten (Gr. 94)		
Erweiterung Gemeindesaal Donaustetten (Planung)	30	
Ulm-Messe, Umbau Kleiner Saal	700	
Umstrukturierung Kfz-Zulassungsstelle (Planung)	30	
Theater - Jahresrate 2010 Generalsanierung	1.900	
Sanierung Flüchtlingswohnheim Römerstr. (Planung)	50	
Kinderbetreuung		
Kindergarten Lettenwald, Böfingen	100	
Kindergarten Brombeerweg, Eselsberg	100	
Ausbau u3 - Harthausenerstraße	240	
Ausbau u3 - Schillerstraße	240	
Bauliche u. energetische Sanierung Schillstraße	300	
Summe Kinderbetreuung	980	
Schulen		
Sanierung Grund- und Hauptschule Einsingen	250	
Neubau Turnhalle beim Scholl-Gymn. (Nüblinghalle)	100	
Erweiterung Sporthalle Eduard-Mörrike-Schule	300	
Umbau Foyer Halle Göggel./Donaustetten	160	
Generalsanierung Multscherschule (Planung)	20	
Außenanl./energ.Sanierung A.-Stifter-Schule (KP II)	700	
energ. Ertüchtigung U.-v.-Eisingen-Realschule (KP II)	1.340	
Schulzentrum Wiblingen (Dachzentrale/lufttechn. Anl.)	114	
Sanierung Kepler-Humboldt-Gymnasium	500	
Erweiterung Hans- und Sophie-Scholl-Gymnasium	700	
Sanierung Turnhalle Kepler-Humboldt-Gymn. (Planung)	100	
Brandschutz/energ. Ertüchtig. A.-Essinger-Gymn. (KP II)	1.680	
Erweiterung, Sanierung gewerbl. Schulen (Planung)	400	
energ. Ertüchtigung Fr.-List-Schule (KP II)	1.300	
sonstige Maßnahmen	50	
Summe Schulen	7.714	
Sanierung Einsteinhaus-Volkshochschule (KP II)	700	
Sanierung Mehrzweckhalle Weststadt	1.810	
Generalsanierung Atlantis Freizeitbad	4.000	
Generalsanierung Eislaufanlage	133	
Multifunktionsbereich Westbad (KP II)	150	
Erw. Feuerwehrhaus/Gde.saal Donaustetten (Planung)	30	
Sanierung Hauptfeuerwache (KP II)	875	
Summe Hochbauten	19.102	61,3

	Betrag T€	Anteil an den Bau- maßn. v.H.
Tiefbauten (Gr. 95)		
Vorplatz Halle/Schule/Kindergarten Unterweiler	50	
Bahnhofsbrücke	1.400	
Sanierung Bauwerke Ortsdurchfahrt B10 (WIP)	2.200	
Bau von Radwegen	600	
Brückensanierung	230	
Sonstige Maßnahmen für Straßen, Wege, Plätze	2.860	
Erschließungsmaßnahmen	1.150	
Gewässerrenaturierung, Umgestaltung - Blaukonzept	30	
Verlegung Kleine Blau (City-Bahnhof)	200	
Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs	50	
Sonstiges	15	
Summe Tiefbauten	8.785	28,2
Sonstige Anlagen (Grünanlagen, Spielplätze, Sportanlagen, techn. Anlagen - Gr. 96)		
EDV, Fernmelde- und Schwachstromanlagen	296	
Kunstwerke	50	
Maßnahmen an Kindergärten und Schulen	119	
Maßnahmen an Sportanlagen	60	
Grünanlagen, Spielplätze	1.345	
Umweltschutz	75	
Straßen, Straßenbeleuchtung, Parkplätze	850	
Weiterer Ausbau Straßenbahn	450	
Feuerwehr - Einsatzleitrechner, elektronische Anlagen	10	
Summe Sonstige Anlagen	3.255	10,5
Gesamtsumme Baumaßnahmen	31.142	100,0

Für das Konjunkturpaket II des Bundes sind bei den Baumaßnahmen in 2010 Ausgaben von insgesamt 6.745 T€ enthalten.

Beim **Erwerb von Beteiligungen** ist in 2010 eine Einlage für den Bau der Multifunktionshalle mit 5 Mio. € veranschlagt. In 2009 entfallen auf den Bau der Multifunktionshalle 500 T€, auf die Erweiterung der UlmMesse 300 T€ und auf die Verlängerung der Straßenbahnlinie 1.950 T€. 2008 ist neben den genannten Maßnahmen v.a. die Kapitalbereitstellung für die Gründung einer Kulturstiftung mit 1 Mio. € enthalten.

Beim **Grundstückserwerb** sind in 2010 ausschließlich Ausgaben des „**Städtischen Grundstückstopfs**“ mit 15,5 Mio. € veranschlagt. Der „Städtische Grundstückstopf“ enthält Ausgaben für Grunderwerb und Einnahmen aus Grundstücksverkauf (vgl. Ziff. 2.3.2). In 2009 wurde der Ansatz mit dem Nachtrag um 12,5 Mio. € erhöht (Sondererwerb).

Beim **Erwerb beweglicher Sachen** sind in 2010 Beschaffungen im Rahmen des Konjunkturpakets II mit 450 T€ und in 2009 mit 737 T€ enthalten.

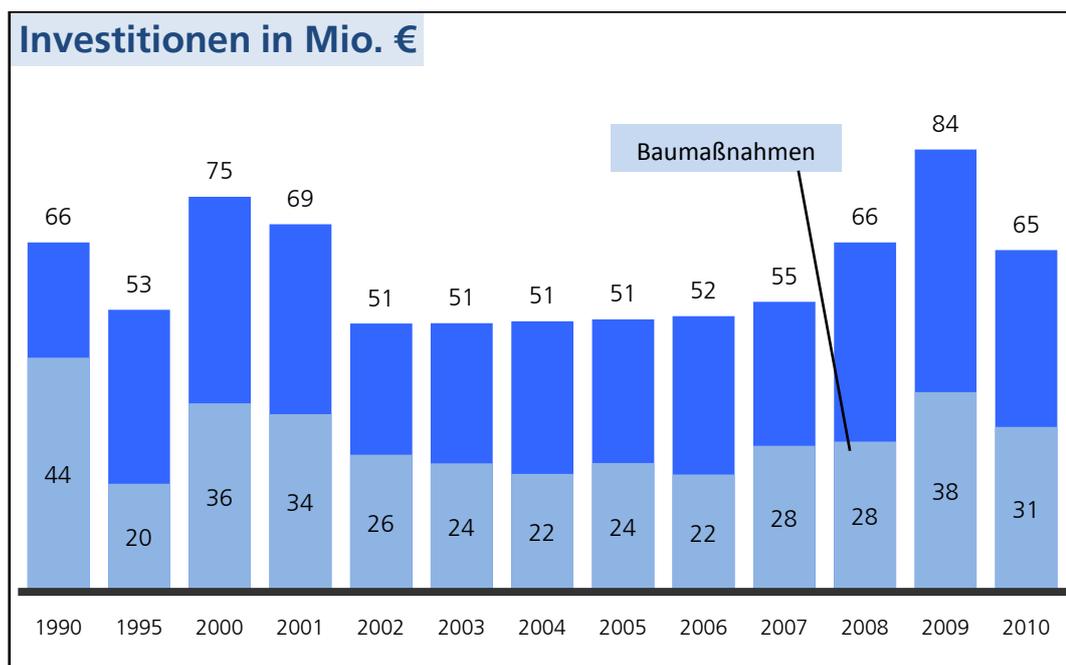
In 2009 wurde der Roxy gGmbH ein **Darlehen** gewährt. 2008 sind Darlehen an den SSV Ulm 1846, an die adk – Akademie für darstellende Kunst, sowie an das Internationale Donaifest 2008 enthalten.

Die **Investitionsförderungsmaßnahmen** verteilen sich wie folgt:

Zweck	Haushaltsplan		Ergebnis
	2010 T€	2009 T€	2008 T€
Sanierung Roxy	60	147	60
Einrichtungen für Ältere	250	570	745
Ausbau Kinderbetreuung	630	1.140	102
Umbau, Erweiterung, Sanierung von Schulen	395	1.179	300
Sportförderung	700	700	145
Förderung regenerativer Energien	250	511	511
Sanierungstreuhand Ulm GmbH, Stadtsanierung	6.294	6.884	3.751
Rückzahlung zuviel erhaltener Zuschüsse	-	80	315
Münster, Sanierung Hauptturm/Elektroinstallation	-	130	330
sonstige	30	99	459
Summe	8.609	11.440	6.718

In der **Zuführung an die Allgemeine Rücklage** in 2008, ist aufgrund der hohen einmaligen Gewerbesteuerzahlungen in diesem Jahr, die Rücklagenbildung für den Ausgleich der Belastungen im Finanzausgleich 2010 enthalten.

Aufgrund hoher einmaliger Gewerbesteuerzahlungen in 2006 bis 2008 wurden in diesen Jahren Rücklagen zum Ausgleich von Belastungen im Finanzausgleich des jeweils übernächsten Jahres gebildet. Diese werden in 2010 (28 Mio. €), 2009 (34 Mio. €) und 2008 (33 Mio. €) der Rücklage entnommen und zweckentsprechend dem **Verwaltungshaushalt zugeführt**. Der Gesamtbestand der Allgemeinen Rücklage ist unter Ziff. 2.5 dargestellt.



2.3.2. Einnahmen des Vermögenshaushalts

	Haushaltsplan				Ergebnis	
	2010		2009		2008	
	T€	v.H.	T€	v.H.	T€	v.H.
Zuführung vom Verwaltungshaushalt	5.319	5,2	35.075	27,4	86.876	54,8
Entnahme aus Allgemeiner Rücklage	30.075	29,3	36.025	28,2	33.103	20,9
Darlehensrückflüsse	3.597	3,5	3.597	2,8	3.827	2,4
Veräußerung Anlagevermögen und Schadensersatz	16.005	15,6	15.123	11,8	17.158	10,8
Summe Eigenmittel	54.996	53,6	89.819	70,3	140.965	88,9
Beiträge	2.221	2,2	3.011	2,4	2.101	1,3
Zuweisungen	15.018	14,6	13.739	10,7	6.959	4,4
	72.235	70,4	106.569	83,4	150.025	94,6
Kreditaufnahme ohne Umschuldung	30.422	29,6	21.243	16,6	2.010	1,3
Umschuldung	0	0,0	0	0,0	6.583	4,2
Einnahmen insgesamt	102.657	100,0	127.812	100,0	158.618	100,0

Die **Zuführung vom Verwaltungshaushalt** ist in 2008 aufgrund einmaliger Gewerbesteuerzahlungen erhöht. 2009 wird noch eine Nettoinvestitionsrate von 25 Mio. € erreicht. Dagegen wird in 2010 die gesetzliche Mindestzuführung in Höhe der Kredittilgung von 10 Mio. € um 4,7 Mio. € unterschritten.

Die **Entnahmen aus Allgemeiner Rücklage** setzen sich wie folgt zusammen:

Zweck	Haushaltsplan		Ergebnis
	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Finanzausgleich 2008	-	-	33.000
Finanzausgleich 2009	-	34.000	-
Finanzausgleich 2010	28.000	-	-
Verlängerung Straßenbahnlinie 1	-	1.950	-
Wachstums- und Impulsprogramm	2.000	-	-
sonstige	75	75	103
Summe	30.075	36.025	33.103

Die Entwicklung des Rücklagenbestands ist unter Ziff. 2.5 dargestellt.

Bei den **Darlehensrückflüssen** sind im Wesentlichen die ordentlichen Tilgungen von EBU, UWS und PBG enthalten.

In den Erlösen aus der **Veräußerung von Anlagevermögens und Schadensersatz** sind überwiegend die Grundstücksveräußerungen (Grundstückstopf) enthalten. 2010 plant der Grundstückstopf mit einem Überschuss von 0,5 Mio. € (ohne Verrechnung der Verwaltungsleistungen). Daneben ist in 2010 der Rückfluss von Kapitaleinlagen bei der Parkbetriebsgesellschaft mit 1 Mio. € veranschlagt.

Die **Zuweisungen** setzen sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

Zweck	Haushaltsplan		Ergebnis
	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Ausbau Kinderbetreuung	350	970	-
Schulen	5.360	4.066	2.127
Atlantis/Donaufreibad, Eislaufanl. von Neu-Ulm	1.220	1.415	1.121
Feuerwehr / Katastrophenschutz	657	1.136	205
Stadtsanierung	3.700	3.925	2.226
Gemeindestraßen	2.560	1.450	622
sonstige	1.171	777	657
Summe	15.018	13.739	6.959

Aus dem Konjunkturpaket II des Bundes sind in 2010 insgesamt 5,2 Mio. € und in 2009 3,0 Mio. € enthalten.

Der Anteil der Eigenmittel zur Finanzierung des Vermögenshaushalts liegt 2010 lediglich bei 53,6 v.H. Davon entfallen 29,3 v.H. auf eine einmalige Rücklagenentnahme wegen einmaliger Gewerbesteuerzahlungen 2008. **Die Eigenmittel reichen damit nicht aus, um dauerhaft ein angemessenes Investitionsvolumen ohne zusätzliche Verschuldung sicherstellen zu können.** Dies zeigt sich bereits kurzfristig an der sprunghaft ansteigenden Verschuldung im Finanzplanungszeitraum (vgl. Ziff. 2.4). Mittelfristig muss der Anteil der Eigenmittel – v.a. durch die Erwirtschaftung einer Nettoinvestitionsrate – deutlich gesteigert oder das Investitionsprogramm gekürzt werden.

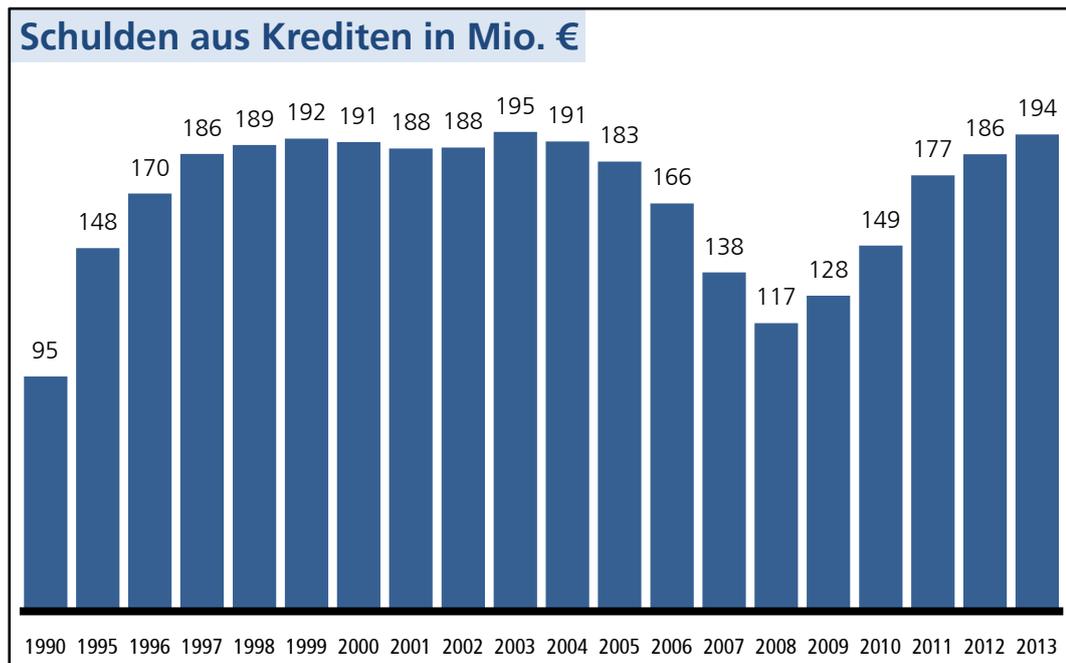
2.4. Entwicklung der Schulden aus Krediten

Die Schulden aus Krediten werden am 31. Dezember 2009 voraussichtlich 128,2 Mio. € betragen. Nach dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 und der Mittelfristigen Finanzplanung 2009 - 2013 werden sie sich wie folgt entwickeln:

Haushaltsjahr	Einwohnerzahl	Kreditaufnahmen	Tilgung	Zinsen	Schuldendienst gesamt	Schuldenstand zum 31.12.		Schuldenreduzierung/-zuwachs
		T€	T€	T€	T€	T€	€/EW	T€
2009	121.414	21.243	10.100	4.775	14.875	128.208	1.056	- 9.524 €
2010	121.500	30.422	10.000	5.500	15.500	148.630	1.223	+ 20.422 €
2011	121.600	38.505	10.000	6.300	16.300	177.135	1.457	+ 28.505 €
2012	121.700	19.038	10.500	6.600	17.100	185.673	1.526	+ 8.538 €
2013	121.800	18.563	10.500	6.400	16.900	193.736	1.591	+ 8.063 €

Die Schulden erhöhen sich im Planungszeitraum 2010 – 2013 um insgesamt 65,5 Mio. €. Die Haushaltsbelastung aus dem Schuldendienst steigt zum Ende des Finanzplanungszeitraums auf 16,9 Mio. € an und liegt damit rd. 2 Mio. € über dem Wert 2009.

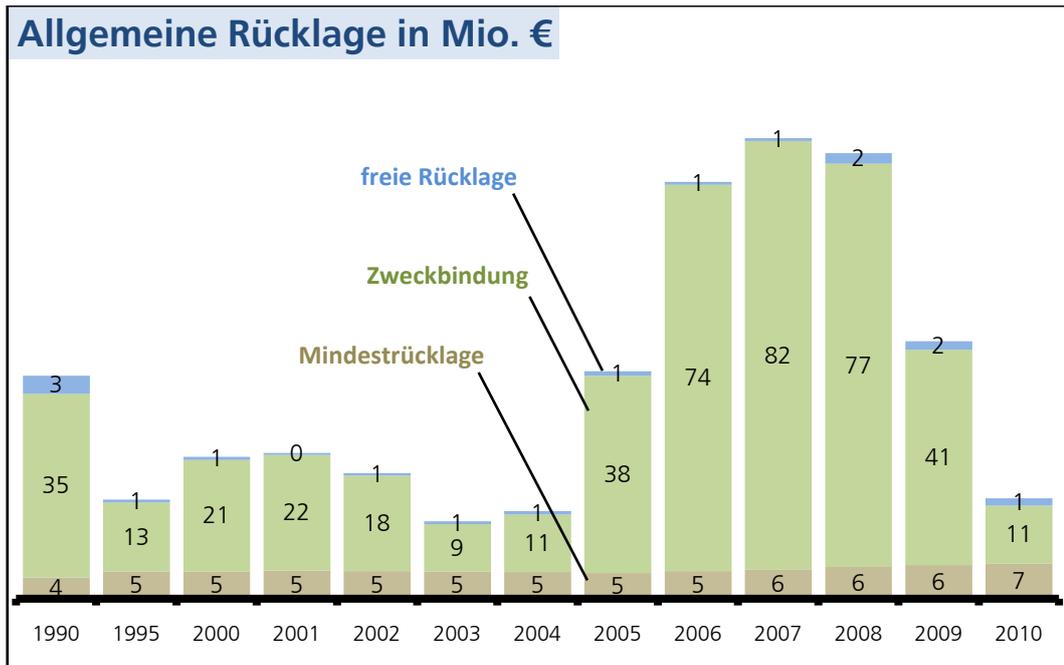
Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass eine Reihe von Großinvestitionen im Finanzplanungszeitraum lediglich mit einer Planungsrate enthalten ist. Vor diesem Hintergrund besteht **ein erhebliches Risiko, dass sich die Verschuldung gegenüber den oben genannten Werten noch weiter erhöht.**



2.5. Entwicklung der Allgemeinen Rücklage

	31.12.2009 T€	Zugang T€	Abgang T€	31.12.2010 T€
zweckgebundene Rücklagen				
Kunst am Bau	154	48	75	127
Parkbauten	737	21	-	758
Wachstums- und Impulsprogramm	6.000	-	2.000	4.000
Verkehrsentwicklung	6.175	-	-	6.175
Finanzausgleich 2010	28.000	-	28.000	0
	41.066	69	30.075	11.060
gesetzl. Mindestrücklage ¹⁾	6.761	-	-	6.761
freie Rücklage	1.368	-	-	1.368
Gesamtsumme Rücklagen	49.195	69	30.075	19.189

1) Die gesetzliche Mindestrücklage nach § 20 Abs. 2 GemHVO dient der Sicherung der rechtzeitigen Leistung von Ausgaben. Sie beträgt 2% der durchschnittlichen Ausgaben der Verwaltungshaushalte der 3 vorangegangenen Jahre.



Ulm, im Oktober 2009

Stadt Ulm

gez.

Gunter Czisch
Erster Bürgermeister